

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 12 · Jul./Aug./Sept. · 2021

Stellenstreichungen und Sozialabbau trotz Milliardengewinnen?

STATT POLITIK FÜR REICHE!

- * Rechte aus dem Parlament * Vonovia & Co. enteignen!
- * Banken & Großkonzerne in staatliche Hand!
- * Gemeinsam für den Sozialismus!



Anstehende Bundestagswahl verdeutlicht Krise der Volksparteien:

Rechte aus dem Parlament! Gemeinsam für die Interessen der Arbeiter und Armen!

Katharina Doll

Die diesjährige Bundestagswahl verdeutlicht einen historischen Umbruch: Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik scheint es gut möglich, dass die beiden großen Volksparteien – die zwischen 1953 und Anfang der 2000er-Jahre gemeinsam nie weniger als 70% in den Wahlen errangen – die 50%-Marke unterschreiten könnten.

Damit liegen SPD und CDU auf einem historischen Tief. Das ist das Ergebnis der Entfremdung von der ewig gleichen neoliberalen Politik der großen bürgerlichen Parteien, die soziale Zugeständnisse an Teile der Mittelschicht und bessergestellten Arbeiterklasse über viele Jahre hinweg unterhöhlt, und die Polarisierung vorangetrieben hat.

Als Folge davon erleben wir eine Beschleunigung politischer Umbrüche, sowie eine zunehmende Instabilität der Parteienlandschaft. Die politische Linke muss mit einem kämpferischen Kurs in den Nachbarschaften und Betrieben auf diese Ereignisse reagieren, oder sie wird das Spielfeld den Arbeitgebern und der Sozialdemagogie der politischen Rechten überlassen.

Krise des Kapitalismus

Hinter all diesen Ereignissen steht die tiefe Krise des Kapitalismus. Ökonomische Berichte haben in den vergangenen Wochen eindrucksvoll gezeigt, dass sich das Produktivitäts- wachstum der EU-Staaten seit der Krise von 2008 um die Nulllinie bewegt. Und obwohl der DAX am 4. Juni mit über 15.700 Punkten einen absoluten Rekordwert erklomm, drohen allein der

Autoindustrie Stellenstreichungen im sechsstelligen Bereich und die Erweiterungsinvestitionen in mittelständischen Betrieben stagnieren.

Da es kaum realen Wachstum gibt, werden Reallohnsenkungen und Kürzungen durchgesetzt, um Profite und Dividenden zu ermöglichen. Diese Politik – der Neoliberalismus – ist eine Folge der Krisen der 70er- und 80er-Jahre, und kann im Rahmen des Kapitalismus nicht einfach nach Belieben zurückgenommen werden.

Dazu kommen düstere Aussichten für die deutsche Wirtschaft. Die Überproduktionskrise der weltweiten Auto- und Stahlindustrie setzt deutsche Hersteller unter Druck. Fortschreitende Tendenzen der Deindustrialisierung und die Zerschlagung und Zerstückelung großer Konzerne wie ThyssenKrupp werden die Perspektiven der deutschen Wirtschaft weiter trüben. Auch die Chipkrise, die dadurch ausgelöst wurde, dass die Produktion im Kapitalismus aufs höchste Maß internationalisiert wurde, aber nicht vernünftig geplant sondern der Anarchie des Marktes überlassen wird, hat die Anfälligkeit der deutschen Wirtschaft verdeutlicht. Dieser Kapitalismus lässt den herrschenden kapitalistischen Parteien keinen Spielraum für substanzielle soziale Reformen.

Unmut mit Politik der nationalen Einheit: Grüne erstarben, SPD geschwächt

Derzeit sind es die Grünen, die am stärksten vom Umfragetief von SPD und CDU profitieren. Gerade weil das Wählerpotenzial der SPD seit Jahren einbricht und die LINKE bei 6-7% stagniert, wenden sich von der Groko enttäuschte Wählerstimmen den Grünen zu.

Davon gibt es mehr als genug, denn die derzeitigen Umfragewerte der ehemaligen 40%-Partei SPD sind die Rechnung von Jahrzehnten leerer Versprechungen und Kürzungspolitik. Hartz IV, Riester, 100.000 gefährdete Stellen in der Autoindustrie, Millionen Kurzarbeiter 2020, Milliardenpakete an Großkonzernen und 20 Klinikschließungen allein im vergangenen Jahr, darüber hinaus 34 Kliniken, die von Schließungen bedroht sind: All das geht auf das Konto der SPD in Regierungsverantwortung.

Viele, die von der Sozialdemokratie enttäuscht sind und eine Veränderung wollen, sehen nun die Grünen als Alternative zum „Weiter so“ der Groko-Politik. In Zahlen hat das bedeutet, dass sie bei der Bundestagswahl 2017 760.000 Stimmen der SPD hinzugewinnen konnten; bei der Europawahl 2019 1.500.000 (auch von der CDU gewannen sie damals



satte 1.240.000 Stimmen hinzu). Doch der aktuelle Trend geht noch darüber hinaus. In aktuellen Umfragen liegen die Grünen bei beständig 20-25% – mehr als eine Verdopplung verglichen mit der letzten Bundestagswahl.

Dabei sind sich die Grünen bewusst, dass sie enttäuschte Wähler der SPD und teilweise auch der LINKEN für sich gewinnen, und ihr Wählerpotenzial – das vor wenigen Jahren noch gemeinsam mit der FDP das höchste Einkommen überhaupt hatte – auch in ärmeren- und Arbeiterschichten verbreitern wollen. Sie spüren den Druck, dass es in diesen Gruppen keine Zustimmung für „ökologische“ Politik gibt, die das Leben für die Ärmsten der Bevölkerung immer teurer macht und die Deindustrialisierung vorantreibt.

So sprach Annalena Baerbock nach ihrer Wahl als Kanzlerkandidatin auf dem Parteitag der Grünen gleichzeitig die Arbeitgeber an, denen sie einen „Pakt [der Grünen] mit der deutschen Industrie“ vorschlägt, sprach aber auch von der „Wertschätzung unseres Landes“, das auf der „harten Arbeit der Kohlekumpel und ihrer Familien aufgebaut ist“ und davon, dass eine „ökologische Transformation“ bis zu 800.000 Arbeitsplätze schaffen könne.

Hetze der Arbeitgeber – doch der grüne Kapitalismus ist kein Ausweg!

Auch die Wirtschaftslobby versteht den Zugewinn der Grünen als Misstrauensvotum an die zwei großen Parteien der deutschen Bourgeoisie. Die Initiative Soziale Marktwirtschaft (INSM) statuiert mit einer eigenen Hetzkampagne gegen Annalena Baerbock ein Exempel, das eines ganz besonders klarmachen soll: Der Kurs sozialer Kürzungen, der Steuergeschenke für Reiche, die Deregulierung der Arbeit und ein Nein zur Mietobergrenze ist nicht verhandelbar.

Sie nutzen die Hetze gegen Baerbock zum Rundumschlag gegen die Rechte der Arbeiter und Armen und soziale Bewegungen. CETA solle ratifiziert, die Steuer für Vielverdiener niedrig gehalten, das Renteneintrittsalter erhöht, das Lohnniveau gedrückt und die „Freiheit der Wirtschaft“ garantiert werden. Ähnlich gelagert ist auch die Parteispende des Medienmoguls Georg Kofler, der die FDP mit 750.000 Euro unterstützte, um den „antiquierten planwirtschaftlichen Sozialismus“ der Grünen zu verhindern.

Doch auch die Grünen waren mit Rekordspenden in den bürgerlichen Zeitungen: 1,67 Mio. Euro allein von vier reichen Spendern; darunter eine glatte Million von Moritz Schmidt, der sein Vermögen unter anderem mit Bitcoin-Spekulationen gemacht hat, 500.000 von einem Giganten der privaten Pharmaindustrie und insgesamt 120.000 von einem Großerbe eines schwäbischen Kunststoffverpackungs-Konzerns. Würden sie alle so tief in ihre Tasche greifen, wenn von den Grünen die Enteignung der Unternehmen,

oder auch nur die Abschaffung der Plastikverpackungen zu erwarten wären? Sicherlich nicht. Und so beweisen die Grünen einmal mehr, dass der „grüne Kapitalismus“, den sie anbieten, weder die Krise der Arbeiter und Armen, noch die der Umwelt lösen wird.

Wahlen in Sachsen-Anhalt – Rechte aus dem Parlament!

Dass sich der Klassenkonflikt verschärft, wurde auch am Ton deutlich, in dem die Wahlen in Sachsen-Anhalt kommentiert wurden. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), nutzte den Moment um ins Horn des Antikommunismus zu blasen: 20,8% für die AfD, so Wanderwitz, seien das Ergebnis einer „diktatorsozialisierten“ Bevölkerung – bei einer Partei, die bei den unter 30-Jährigen, die die DDR gar nicht erlebt hatten, als stärkste Kraft überhaupt abschnitt!

Die abgehobene Sprache der bürgerlichen Politik wird nichts dazu beitragen, demoralisierte Schichten von einer Unterstützung der AfD abzubringen. Durch soziale Kürzungen und ihre hässliche Arroganz werden sie auch weiter der AfD einen Nährboden für ihre Sozialdemagogie liefern.

Auch die Grünen sind nicht in der Lage, das zu konkretisieren: Während Habeck davon sprach, dass „Veränderungsprozesse objektiv notwendig“ sind (er meint die Besteuerung von CO2 und den Arbeitsplatzabbau) und dass „alle Parteien diese Zahlen beschlossen haben“, trieb Chrupalla ihn für die sozialen Angriffe im Gewand der „ökologischen Transformation“ in die Ecke, ohne dass Habeck glaubhafte Antworten liefern konnte, wie diese abzuwenden seien.

Das Auftreten der AfD ist reine Demagogie: Ihre „Sonderwirtschaftszone Ost“ ist eine Forderung nach einem Steuerparadies Ostdeutschland für Konzerne „auf gleichem Niveau wie im benachbarten Polen“. Chrupalla, der dem Höcke-Flügel angehört, adressiert auch nicht in erster Linie einfache Arbeiter, sondern die Vorurteile der deklassierten Mittelschichten, von „Mittelstand und Handwerk“.

Diese arbeiterfeindlichen Tendenzen sprechen auch aus den Angriffen von Meuthen gegen die Grünen, deren stark



beschränktes reformistisches Programm er dafür angreift „ökosozialistisch“ zu sein. Wie soll eine solche Partei, die den Sozialismus schon in einem beschränkten Programm für Mindestlöhne, gegen Rentenkürzungen und für minimale Reformen auf dem Wohnungsmarkt entdeckt, die Situation der Arbeiterklasse verbessern?

Kurswechsel nötig: DIE LINKE muss aus den Fehlern des neuen Reformismus lernen!

Die soziale Spaltung ist die Triebkraft der politischen Kräfteverschiebungen – und nur an der Front kann der Kampf gegen die Angriffe der Arbeitgeber und die AfD gewonnen werden! Es ist allein die politische Linke, die sich auf die Kämpfe der Arbeiterklasse stützen und den Kampf in den Nachbarschaften und Betrieben vorantreiben kann. Das wird sich positiv auf ihr Wahlergebnis auswirken, vor allem aber – und das ist viel wichtiger! – eine Grundlage für einen Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse legen! Denn, frei nach Rosa Luxemburg, liegt die Macht der politischen Linken nicht in der Zahl ihrer Parlamentsmandate, sondern in der Zahl ihrer Anhänger in der Bevölkerung und ihrer Kraft auf der Straße.¹

In diesem Sinne ist die Wahl in Sachsen-Anhalt eine Warnung an die LINKE: Die Ansichten der Wählerbasis von CDU und AfD dokumentieren die tiefe Polarisierung auch in dieser Wahl. Unter der Wählerschaft der AfD stimmten 91% zu, dass die CDU eine Koalition mit der AfD bilden sollte – gleichzeitig waren es unter den Wählern der CDU nur 11%. Damit hatte ein Teil der CDU-Wähler auch zum Ziel, eine Regierung mit AfD-Beteiligung zu verhindern.

Wie wir wissen, ist die Politik der CDU – die selbst den Rechtsradikalen Maaßen als Direktkandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt hat – völlig impotent im Kampf gegen die Rechte. Doch während selbst die CDU sich als Kraft gegen Rechts inszeniert, setzt sich der Niedergang der LINKEN in Sachsen-Anhalt fort. Gerade dass sich bei den unter 30-Jährigen, nimmt man die Nichtwähler mit in den Blick, weniger als 10% für eine Fürstimme der LINKEN entschieden haben, beweist, dass die Partei der ostdeutschen Jugend keinen kämpferischen Kurs gegen die maroden Lebensumstände anbietet.

Die Grünen waren nicht immer der Gewinner des Niedergangs der SPD. Bei der Bundestagswahl 2009 – der ersten nach Einführung von Hartz IV – gewann DIE LINKE 1.100.000 Stimmen der SPD hinzu, mehr als jede andere Partei! Damals wurde die Partei primär als kämpferische Kraft gegen Hartz IV, soziale Kürzungen und Auslandseinsätze der Bundeswehr wahrgenommen.

Doch gerade die Wahl in Sachsen-Anhalt, wo der inhaltsleere Kurs von „Wirtschaftskenner“ Wulf Gallert jetzt vom apolitischen Slogan „Besser. DIE LINKE“ abgelöst wurde hat bewiesen, dass eine „Regierungspolitik auf dem Wartegleis“ das falsche Rezept ist.

Sehen wir uns die Erfahrung im spanischen Staat an: Hier hat die Linkspartei Podemos sich über Jahre in der Regierung dem Kurs der Sozialdemokratie von Pedro Sánchez gebeugt, und ist nicht gegen die neoliberale Politik von Isabel Ayuso (Konservative) in Madrid vorgegangen. Im Gegenteil: Die nationale Regierung verfolgte eine Politik des gegenseitigen Respekts und der Nichteinmischung. Als Ay-

uso nun einen weiteren Rechtsschwenk vollzog, und in den Madrider Regionalwahlen eine offene Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen Vox verfolgte, trat der bekannteste Podemos-Führer Pablo Iglesias aus seinen Regierungsposten zurück, um in Madrid gegen Ayuso anzutreten. Das Ergebnis: eine deutliche Niederlage, mit 7,21% und gerade mal einem Zugewinn von 1,61% für Podemos, die in der Madrider Politik weitgehend diskreditiert sind; gleichzeitig 9,13% für Vox.

Arbeiterbewegung stärken!

Es ist ein Fortschritt, dass die Groko historisch schlechte Wahlergebnisse einfährt und die Grünen sich gezwungen fühlen, kleinere soziale Reformen in ihr Programm aufzunehmen. Doch wir dürfen uns nicht mit fadenscheinigen Versprechen abspesen lassen. Wir unterstützen die ökologische Konversion von Betrieben, wenn sie geplant und im Interesse der einfachen Arbeitenden und Armen geschieht. Doch Linkspartei und Gewerkschaftslinken müssen die Propagandaphrasen der „ökologischen Transformation“ angreifen, wenn es darum geht, ganze Regionen zu deindustrialisieren; zweitklassige Abfindungen und schlechte Umschulungsprogramme anzubieten.

Während Baerbock davon spricht, dass der Umschwung zur Nachhaltigkeit hunderttausende neue Stellen schaffen könne, sehen wir, wie in der Stahl- und Autoindustrie hunderttausende Stellen gekürzt und Löhne gesenkt werden – trotz vermehrter Investitionen in neue Technologien! Eine solche Politik wird weitere Regionen Deutschlands in eine Lausitz verwandeln, die Zukunftsaussichten deutscher Arbeiter und ihrer Familien zerstören und die Spanne zwischen Preisen und Löhnen immer weiter aufklaffen lassen.

Es nützt der LINKEN nicht, sich gerade in einer solchen Situation SPD und Grünen anzubiedern. Die Interessen einfacher Arbeiter und Armen sind mehr als deutlich: Schluss mit der kapitalistischen Gesundheitspolitik, Schluss mit dem Kuschelkurs der Gewerkschaften, Ja zu Mietendeckel und der Enteignung von Wohnraum und Immobilienriesen, Schluss mit „Flexibilisierung“, Ausgliederungen, Privatisierungen, Lohndrückerei und Arbeitsplatzabbau.

Kaum etwas, das im vergangenen Jahr von Seiten der Regierung und der Chefetagen beschlossen wurde, hat Arbeiterfamilien genützt. Während nach den öffentlichen Rettungspaketen für die Großkonzerne in denselben Konzernen Kurzarbeit angemeldet und Stellenstreichungen durchgesetzt wurden, haben private Profiteure an der Börse Milliarden dividenden eingestrichen. Allein der Eigentümer von Lidl hat über die Pandemie hinweg im Schnitt 1 Mrd. im Monat an Vermögen hinzugewonnen!

Gewerkschaften und LINKEN müssen eine kämpferische Politik anbieten, die an diesen grundlegenden Problemen einen Kampf für eine fundamentale Veränderung anbietet. Statt einer Zerschlagung von Thyssen und Co. für die Reindustrialisierung, eine ökologische Konversion unter Kontrolle der Beschäftigten und entlang ihrer Interessen, und eine Produktion nach den Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung. Die Profiteure an der Börse müssen enteignet, und ihre Gewinne der Vorsorge für die einfachen Menschen und Armen zugutekommen. Eine solche Politik ist nicht mit, sondern nur im Kampf gegen das kapitalistische Establishment zu erreichen. ■

Brasilien: Krise des Bolsonarismus, Rückkehr von Lula und Massenmobilisierungen



Coral Latorre

Das Coronavirus stellt in Brasilien tragische Rekorde auf. Der südamerikanische Riese hat bereits 17 Millionen Infizierte und 474.000 Tote und ist das Land der Welt, das am drittstärksten von der Pandemie betroffen ist.

Mit täglich rund 40.000 Neuerkrankungen ist die völlige Überlastung brasilianischer Krankenhäuser weiterhin alarmierend. Eine im Mai von SindHosp – dem Verband der Krankenhäuser, Kliniken und Laboratorien von São Paulo – durchgeführte Umfrage zeigt, dass die Intensivstationen der Stadt immer noch eine Auslastung von 78,5% verzeichnen. Gleichzeitig schreitet die Impfkampagne mit Pyrrhus-Tempo voran: Nur 10 % der Bevölkerung haben bisher ihre Impfdosen erhalten.

Ein kriminelles Management

Die Verantwortung Bolsonaros und seiner Regierung in dieser Katastrophe ist offensichtlich. Indem dieser Reaktiönär die Gefahr der Pandemie geleugnet und keine Maßnahmen ergriffen hat, um das Vordringen des Virus zu stoppen, hat er eine soziale Katastrophe verursacht.

Die offizielle Arbeitslosenquote in Brasilien hat das erste Quartal 2021 mit 14,7 % abgeschlossen – der höchste Wert seit 2012 –, außerdem gibt es mehr als 35 Millionen informell Beschäftigte. 44% der Brasilianer haben während der Pandemie aufgehört, Fleisch zu essen, weil sie es

sich nicht leisten können. 125 Millionen von 211 Einwohnern sind ernährungsunsicher und die Armutsrate hat sich seit letztem Jahr verdreifacht.

Das Grundeinkommen, das die Regierung zugestehen musste (600 Reais im Monat für nur drei Monate), um den Druck und die Kritik an Bolsonaro zu lindern, war ein lächerliches und machtloses Almosen.

Zu der sozialen und gesundheitlichen Katastrophe kommt die wirtschaftliche hinzu. Die Rezession ist historisch: Im Jahr 2020 erlitt Brasilien einen Rückgang seines BIP um 4,1 %; ein Niveau, das es seit der brutalen Krise der 1990er Jahre nicht mehr gegeben hat (-4,35 %).

Im Jahresvergleich hat sich die Inflation im April auf 6,76 % beschleunigt, und die Abwertungsrate des brasilianischen Real nimmt weiter zu – ein Minus von 10,2 % im Jahr 2020; damit ist er nach Sudan, Libyen und Venezuela die Währung, die am stärksten abgewertet wurde – und verursacht eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Brüche in der Regierung und Spaltungen in der herrschenden Klasse

Die von Bolsonaro verteidigte Klassenpolitik des „Menschen sterben, das ist das Leben“ – wie es der Präsident selbst ausdrückte – der absoluten Missachtung der Gesundheit der Bevölkerung und der Erhaltung der Vorteile der brasilianischen Plutokratie um jeden Preis, hat seine Popularität zu-

sammenbrechen lassen.

Die aktuelle Situation hat eine tiefe institutionelle Krise verursacht, die den Bolsonarismus selbst und den Staatsapparat betrifft. Ende März legte der Außenminister Ernesto Araújo sein Amt in der Regierung nieder und der Verteidigungsminister Fernando Azevedo legte seinen Rücktritt vor. Einen Tag später wurde auch die Entlassung der militärischen Führung der Armee – der Chefs von Heer, Marine und Luftwaffe – bestätigt. Die Auseinandersetzungen zwischen Bolsonaro und dem Militär, das eine der Hauptsäulen der Regierung war, spiegeln erneut die Tiefe der politischen Krise wider, die Brasilien erschüttert.

Dieser Ansturm von Rücktritten und internen Spaltungen hebt die bestehenden Spaltungen in der herrschenden Klasse Brasiliens weiter hervor. Die Bourgeoisie kämpft darum, die Kontrolle über die Situation zu behalten, und wenn die Elemente, auf die sie sich verlassen hat, ernsthaft in Frage gestellt werden und nicht mehr dienen, sucht sie nach anderen Wegen, um ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten.

Aus dem Grund haben Großbürgertum und die traditionelle Oligarchie, die 2018 hinter Bolsonaro stand, einen Brief an das Parlament gerichtet, der von 1.500 Bankern und Geschäftsleuten unterzeichnet wurde und ein angemessenes staatliches Management fordert, um den Einbruch der brasilianischen Wirtschaft und des Gesundheitssystems zu stoppen.

Es ist offensichtlich, dass ein immer breiterer Sektor der Kapitalistenklasse wahrnimmt, dass je länger Bolsonaro in der Regierung bleibt die Gefahr wächst, dass eine soziale Rebellion ausbricht.

Deshalb beschleunigen sie eine neue Strategie, um die Unzufriedenheit und das Vordringen des Klassenkampfes im Land zu stoppen. Eine Strategie mit Vor- und Nachname und Datum im Kalender: Luiz Inácio Lula da Silva und die Parlamentswahlen von 2022.

Lula 2022, Klassenzusammenarbeit und Bankrott der reformistischen Linken

Mitte April bestätigte das Bundesgericht Brasiliens die Aufhebung der erstinstanzlichen Urteile gegen Lula, der bereits alle seine politischen Rechte wiedererlangt hat. Nachdem er nun angekündigt hat, dass er bei den Präsidentschaftswahlen 2022 gegen Jair Bolsonaro kandidieren wird, hat Lula eine Runde von Treffen mit den Formationen der Rechten, der Linken und einigen Gewerkschaften begonnen, um Unterstützung für seine Kandidatur aufzubauen.

Der PT-Führer hat nicht gezögert, „mit allen ins Gespräch zu kommen“, sogar mit den drei wichtigsten Parteien, die das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff 2016 unterstützten: José Sarney von der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (MDB), Rodrigo Maia von der Demokraten (DEM) und mit dem ehemaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, der in den 1990er Jahren für die starke neoliberale Offensive und die Privatisierung zahlreicher Staatsunternehmen verantwortlich war.

Dass die Bourgeoisie mit der Begegnung zwischen Lula und Cardoso mehr als zufrieden ist, liegt auf der Hand. Erstens nutzt die herrschende Klasse die Führung des Lulismo, die es ihnen ermöglicht hat, sich so sehr zu bereichern – in ihren zwölf Regierungsjahren hat die PT auf sozialis-

tische Maßnahmen verzichtet, Kürzungen und eine Politik zugunsten der großen Monopole durchgeführt und zögerte nicht, mit der Rechten zu paktieren – und zweitens, weil sie einem Mann des Vertrauens wie Cardoso diese „demokratische Alternative“ anvertrauen können.

Wirklich katastrophal ist, dass diese Volksfront auch die Unterstützung der Führer der CUT und der PSOL (brasilianische Linkspartei Anm. d. Ü.) hinter sich hat. Die PSOL-Führer zeigen ihre Bereitschaft, sich in diesem kritischen Moment der Politik der Bourgeoisie und Lula zu unterwerfen, und wiederholen als Mantra derselben Politik der Klassenzusammenarbeit, die Temer und Bolsonaro die Türen geöffnet hat.

Diese politische Blindheit führt nur zur Katastrophe! Sie sollten das Gegenteil tun: darauf hinweisen, dass sich Hand in Hand mit der Rechten und den Vertretern der Bourgeoisie die Lebensbedingungen der Bevölkerung weiter verschlechtern werden, ein Programm der Klassenunabhängigkeit verteidigen und eine Alternative aufstellen, die mit der Logik des Kapitalismus bricht und den Sturz Bolsonaros durch die Aktion der Massen vorbereiten und auch die Aktivisten der PT und der CUT für diese Politik gewinnen.

Obwohl es noch über ein Jahr ist und die Würfel noch nicht gefallen sind, deuten alle Umfragen darauf hin, dass Lula die Wahlen gewinnen könnte. Ein Votum für Lula und die mögliche Niederlage von Bolsonaro würden von Millionen als Triumph empfunden. Aber die Dinge sind ganz anders als 2003. Lula hat weder die Glaubwürdigkeit seiner ersten Regierungen, noch wird er von einem Wirtschaftsboom profitieren können. Im Gegenteil, er wird eine tiefe Krise bewältigen müssen.

Die Faust der Arbeiterklasse wird wieder erhoben

Am 29. Mai fanden massive Mobilisierungen gegen den Präsidenten unter der Parole „Raus mit dem völkermörderischen Bolsonaro“ statt. Die Demonstrationen von Hunderttausenden in den wichtigsten Städten des Landes waren ein Sammelruf gegen diesen Kriminellen und sein Management der Pandemie.

Trotz der Tatsache, dass es während der Pandemie zu wichtigen Streiks wie dem der Busfahrer oder der U-Bahn von Sao Paulo gekommen ist, markieren diese Demonstrationen vom 29. März einen Wendepunkt und heizen den Klassenkampf im Land dramatisch an.

Wir müssen diesen Weg fortsetzen. Die brasilianische Arbeiterklasse, die Landarbeiter, die Jugend, die Armen der Favelas haben ihre Wut zum Ausdruck gebracht, jetzt gilt es, sie zu organisieren, mit einem konsequenten Kampfplan, der den dringenden Aufruf zu einem Generalstreik im ganzen Land erhebt, begleitet von Demonstrationen auf den Straßen, der Bildung von Kampfkomitees in den Städten, den Arbeits- und Studienzentren und der Verteidigung einer Einheitsfront der Kräfte, die die Gewerkschaften und die militante politische Linke bilden.

Keine Amtsenthebung wird auch nur die Hälfte von allem erreichen können, was die Massen durch ihre direkte Aktion auf der Straße erreichen können. Wir müssen mit dem Krebsgeschwür der Klassenzusammenarbeit brechen und für eine Arbeiterregierung mit einem sozialistischen Programm kämpfen. ■

Biden und die G7 verkaufen ihre „Neugründung“ des Kapitalismus und die reformistische Linke kauft willig ihre Lügen



Victor Taibo

Die Staats- und Regierungschefs der G7 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA), angeführt von Joe Biden, verkündeten bei ihrem letzten Treffen ein angeblich „historisches Abkommen“, dass die Besteuerung der großen kapitalistischen Multis vorsieht und die Steueroasen „in Schach halten“ soll.

Sofort folgte eine donnernde Propagandakampagne, die dies als einen „Wendepunkt“ des Kapitalismus bewarb, der nun Wohlstand, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in alle Ecken des Planeten bringen wird. Riesige Schlagzeilen, die unverblümt behaupteten, die Reichen werden endlich Steuern zahlen, füllten die Titelseiten.

Viele reformistische Führer der Linken beeilten sich, sich dieser Kampagne anzuschließen und wurden nicht müde, dieses Abkommen als „historisch“ und als „mutige Entscheidung“ hervorzuheben.

Entsprechend ihrem jeweiligen Grad der Assimilation und Integration in die Politik des herrschenden Systems tragen die Führer der „Neuen Linken“, von Unidas Podemos über DIE LINKE und Syriza bis hin zu Bernie Sanders und Ocasio-Cortez, dazu bei, dieser dreisten Maskerade, die von denselben Mächten getragen wird, die für die aktuelle soziale Katastrophe überhaupt erst verantwortlich sind, einen Schein von Legitimität zu geben.

Sie wollen uns wieder zum Narren halten

Es ist sehr bezeichnend, dass sich keines der multina-

tionalen Unternehmen und keine der Banken oder Firmen, die von diesen angeblichen Maßnahmen betroffen wären, beschwert hat. Facebook, für seine konstante Steuerflucht bekannt, hat die G7 zu ihrer Entscheidung sogar beglückwünscht. Goldman Sachs, einer der großen amerikanischen Investmentkonzerne, versicherte seinen Kunden, dass höchstens 1% bis 2% von den Unternehmensgewinnen des S&P 500 (US-amerikanischer Aktienindex) betroffen wären.

Wie ist es möglich, dass die großen Steuerrückzieher so ruhig bleiben?

Es reicht aus, sich den Inhalt des Vorschlags genau anzuschauen. Eine 20-prozentige Steuer soll auf die Gewinne der größten und profitabelsten Unternehmen angesetzt werden, aber auf der Grundlage des Einkommens in dem betreffenden Land und nur, wenn die Gewinnspanne höher als 10% ist. Dies wird viele der Giganten des globalen Kapitalismus ausschließen. Amazons Gewinnspanne beispielsweise betrug 2020 6,3% und bei den vielen anderen Monopolisten sieht es ähnlich aus.

Die zweite „durchschlagende Maßnahme“ ist die Einführung einer globalen Mindeststeuer von 15% für große internationale Unternehmen. Von den 36 Ländern, die die OECD bilden, haben jedoch nur 3 Länder eine Durchschnittsteuer von weniger als 15%. Was diese „globale Mindeststeuer“ also tatsächlich bewirkt, ist eine Senkung der realen Steuersätze unter den bisherigen Durchschnitt der OECD-Länder (21,5%).

Es waren noch nicht einmal ein paar Tage seit dieser verlogenen Ankündigung vergangen, da wurde bereits über zahlreiche Ausnahmen nachgedacht. Die britische Regierung von Boris Johnson, Gastgeber des Treffens, hat bereits vorgeschlagen, dass der gesamte Finanzsektor ausgeschlossen werden sollte. Die OECD fordert außerdem, dass „Investmentfonds, Pensionsfonds und Staatsfonds“ nicht unter das Abkommen fallen und Ausnahmen für Gewinne aus Bodenschätzen, Finanzdienstleistungen, Bauwesen, Immobilien, internationalen Fluggesellschaften und der Schifffahrt gemacht werden sollen.

Die chinesische Regierung möchte bewirken, dass ihre Sonderwirtschaftszonen ausgenommen werden und sehr niedrige Unternehmenssteuern beibehalten können, um weiterhin ausländische Investitionen anzuziehen. Das zeigt, dass der Katalog an Ausnahmen in den Sektoren, in denen die großen kapitalistischen Monopole besonders tätig sind, so breit ist, dass dieses Abkommen von Anfang an eine Totgeburt ist.

Das Ende der Steuerparadiese?

Zu glauben, dass in der kapitalistischen Marktwirtschaft Steueroasen abgeschafft werden können und dass dieselben Regierungen, die sie fördern, schützen und ausnutzen dies tun werden, ist einfach lächerlich.

Biden selbst ist seit mehr als 30 Jahren Senator für den Bundesstaat Delaware, eine Steueroase im Herzen der USA mit mehr Unternehmen als Einwohnern. 67,8% der 500 größten Unternehmen nach dem Ranking der Zeitschrift Fortune haben ihren Hauptsitz in diesem Bundesstaat.

Joe Biden ist nichts anderes als ein Vertreter der Wall Street, obwohl die gesamte reformistische Linke unaufhörlich versucht, seine Politik zu beschönigen und ihn als Vorkämpfer der Unternehmenssteuer darzustellen.

Der sogenannte Kampf gegen Steueroasen war schon immer ein waschechter Betrug, ein Publicity-Gag, um den Menschen vorzugaukeln, dass in einer Ära der strukturellen Ungleichheit etwas gegen die obszöne Anhäufung von Profiten durch die herrschende Klasse unternommen wird.

Das ist Kapitalismus! Die Reichen zahlen nicht, und sie werden auch nicht zahlen!

Steueroasen sind ein grundlegender Teil der kapitalistischen Wirtschaft. Sie bieten den weltweiten Milliardären einen Rahmen, um ihr Vermögen sicher und mit voller Unterstützung ihrer jeweiligen Regierungen aufzubewahren.

Es ist nicht wahr, dass die staatlichen Regierungen im Angesicht einiger der großen multinationalen Konzerne machtlos geworden sind, wie einige Linke behaupten. Was stimmt ist vielmehr, dass der Staat selbst nicht neutral ist: er ist ein Instrument der Kapitalisten selbst, er dient der herrschenden Klasse, sichert ihre Interessen und Profite, auch wenn das auf Kosten der allgemeinen Verelendung der Gesellschaft geschieht. So war es schon immer und so ist es auch jetzt.

Deshalb haben die kapitalistischen Regierungen seit Jahrzehnten die Steuerlasten für große Vermögen konstant gesenkt. Der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz in den OECD-Ländern ist von 45% im Jahr 1980 auf 32,2% im Jahr 2000 gesunken und liegt heute bei 23,3%. Eine Entwicklung, die von Kürzungen, Privatisierungen, der Zerstörung des Sozialstaates und dem Zusammenbruch der Löhne und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse begleitet wurde. Sie ist weder ein Fehler noch eine Folge von Missmanagement, sondern vielmehr Teil der natürlichen Dynamik und Funktionsweise des kapitalistischen Systems.

Der jüngste Leak von Steuerdaten zahlreicher

amerikanischer Tycoons hat gezeigt, wie weit wir gekommen sind. Die 25 reichsten Amerikaner der Welt haben laut Forbes ihr Vermögen zwischen 2014 und 2018 um 401 Milliarden Dollar steigern können, aber nur 13,6 Milliarden Dollar oder 3,4% Steuern zahlen müssen. Warren Buffet zahlte 0,10% an Steuern, Jeff Bezos 0,98% und Michael Bloomberg 1,10%.

Wir sind mit einer Propagandakampagne konfrontiert, die uns weismachen will, dass eine Reform des Kapitalismus möglich ist und dass die großen Kapitalisten und Konzerne bereit sind, einen Teil ihrer schwindelerregenden Gewinne für das Gemeinwohl zu opfern. Dass auch „progressive Regierungen“ wie die Regierungskoalition im spanischen Staat oder Teile der Neuen Linken Formationen wie Unidas Podemos oder die LINKE dieses Märchen aufgreifen, ist bedauerlich.

Es ist vollkommen öffentlich, wie beispielsweise die großen spanischen Magnaten Milliarden von Euros an Steuern hinterziehen und es wird rein gar nichts unternommen. Sechs große Unternehmen des Ibex35 (Iberdrola, Telefonica, ACS Group, Repsol, BBVA und Santander) haben in den letzten Jahren mindestens 2,14 Milliarden Euro hinterzogen. Warum geht die Regierung nicht mit aller Kraft gegen diese Plutokraten vor? Warum verstaatlichen sie nicht den Reichtum, den sie unrechtmäßig horten? Wäre das nicht das beste Beispiel, um zu zeigen, dass es eine Alternative zum Kapitalismus und seinem Elend gibt?

Die Verpflichtung derjenigen von uns, die danach streben, die Gesellschaft zu verändern, besteht darin, die Wahrheit aufzudecken und das Bewusstsein der Unterdrückten voranzutreiben. Biden oder die G7-Regierungschefs zu decken, die für das Elend von Millionen von Arbeitern und Jugendlichen auf der ganzen Welt verantwortlich sind, ist nicht nur ein Fehler, sondern ein Hindernis für die tatsächliche Veränderung der Gesellschaft. Es ist an der Zeit, mit Nachdruck die Verantwortlichen hinter der kapitalistischen Katastrophe aufzudecken und ihren obszönen Privilegien ein für alle Mal ein Ende zu setzen. ■





bei verschiedensten Veranstaltungen und Medien einzuladen: 2019 bei der Landtagsfraktion der AfD Schleswig-Holstein, 2020 beim Kongress des rechten Kopp-Verlags, in der Jungen Freiheit, genauso wie bei Sparkassen oder der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung – seine anarchokapitalistischen Ideen ziehen weite Kreise, sind aber innerhalb der AfD besonders wirkmächtig.

Ein weiterer Vertreter des Anarchokapitalismus,

Tomasz Froelich, moderierte 2020 ein Gespräch zwischen Markus Krall und Jörg Meuthen im EU-Parlament. Froelich, heute Pressesprecher der AfD im EU-Parlament, engagierte sich beim Mises-Institut, einem neoliberalen und anarchokapitalistischen Thinktank, der sich die Adresse im Impressum mit der Münchener Degussa Filiale teilt. Inzwischen hat sich bestätigt, dass Degussa-Besitzer Finck indirekt mehrere AfD-Veranstaltungen mit mindestens 100.000 Euro finanziert hat. Fincks Firma war auch einer der Hauptlieferanten des Goldes, das die AfD in ihrem Shop anbot und damit ihre finanzielle Basis stärkte.

Die AfD und die Ideologie des Marktradikalismus hängen unmittelbar zusammen – das zeigt sich auch beim Spitzenpersonal: Zwei von Meuthens (ehemaligen) Assistenten, Tomasz Froelich und Dominik Hennig, waren Herausgeber einer „anarchokapitalistischen“ Zeitschrift und erhielten dafür den Roland Baader-Preis, eine wichtige Auszeichnung für verdiente Vertreter der ultraliberalen Österreichischen Schule.

Alice Weidel arbeitete 2005/6 als Analystin bei Goldman Sachs und schrieb eine Doktorarbeit über das chinesische Rentensystem, in der sie Privatisierungen und Kürzungen vorschlug. Beatrix von Storch, Alice Weidel und Peter Boehringer tauchen außerdem auf Mitgliederlisten der Hayek-Gesellschaft auf. Im Januar gab es bereits die zweite Austrittswelle aus der Gesellschaft aufgrund einer fehlenden Abgrenzung zur AfD.

Was tun gegen Kapitalismus und AfD?

Die ultrareaktionäre Ideologie des Anarchokapitalismus und sog. Libertärer ist ein Generalangriff auf die Arbeiterbewegung und sozialistische Ideen. Sie verkörpert den Wunschtraum nach einer absoluten Zerschlagung der Organisation der Arbeiterklasse und ein endgültiges Ende des Klassenkampfes von unten. Diese Dystopie wird entsprechend vor allem von dem reaktionärsten Teil der Bourgeoisie vertreten. Aus diesem Grund sind arbeiterfeindliche und marktradikale Tendenzen von Geburt der Partei an fest in der AfD verwurzelt, und eine Reihe von Millionären und Milliardären stehen schon seit Anbeginn hinter der Partei: Seien es August von Finck, der Bauunternehmer Christian Krawinkel, der der AfD 100.000 Euro spendete, der Duis-

Fortsetzung von Seite 16

nisse betreiben und die Bewohner der jeweiligen Gebiete würden nach ihrem Wert als Arbeitsklaven der Unternehmen beurteilt werden – so etwas wie Gewerkschaften oder gemeinsame Forderungen der Arbeiter wären unmöglich.

Der Anarchokapitalismus ist die Vorstellung eines dystopischen Totalkapitalismus, eine absolute, unumstößliche Herrschaft der Eliten.

Die AfD und der Marktradikalismus

Die vorangegangenen Ausführungen sind nicht bloß Fantasien aus den Kommentarspalten von Reptiloiden-Videos bei Youtube, sondern ernsthafte Bestrebungen von einigen der (einfluss-)reichsten Menschen in Deutschland. Einer dieser Protagonisten ist Markus Krall. Krall ist seit September 2019 Geschäftsführer von Degussa Goldhandel. Der Name des Unternehmens hat eine lange Tradition: Degussa und Tochterfirmen wie Degesch machten während der Nazi-Diktatur fette Profite, beispielsweise mit der Verarbeitung von geraubtem Zahngold von KZ-Häftlingen oder mit Lieferungen des tödlichen Zyklon B, mit dem über ein Million Menschen vergast wurden.

Im Jahr 2006 hat sich Degussa in Evonik Industries umbenannt und historisch nichts mit dem heutigen Degussa zu tun. Stattdessen hat August von Finck Junior, mit einem Vermögen von geschätzten acht Mrd. US-Dollar auf Platz 172 der weltweit reichsten Menschen, 2010 zwei Mio. Euro für die Namensrechte an „Degussa“ bezahlt, um sich damit freiwillig in die Tradition dieser Naziverbrechen zu stellen.

Degussa-Geschäftsführer Markus Krall steht auch für seine politischen Positionen in der Öffentlichkeit: In seinem Buch „Die bürgerliche Revolution“ sagt er voraus, dass es einen Umsturz geben würde, bei dem Antifa und Islamisten versuchen würden „ihre“ Gesellschaft aufzubauen, und dass es dann eine Konterrevolution geben müsse, die eine Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und die Wahl eines Königs auf Lebenszeit vorsieht, jedoch ohne die Stimmen aller jener, die jedwede Art von staatlichen Leistungen beziehen, darunter Hartz4-Empfänger, Bafög-Bezieher ebenso wie Arbeiter aus staatlich subventionierten Betrieben.

So abwegig das klingt, ist es kein Hindernis, Krall als gern gesehenen Redner über seine Agenda des Umsturzes

burger Milliardär Henning Conle der die Partei von Anfang an finanzierte und geheime Treffen mit führenden Parteivertretern wie Alice Weidel abhielt, oder auch Folkard Edler, Hamburger Reeder und Millionär, der als „Finanzier der Neuen Rechten“ in Deutschland gilt.

So ist es kein Wunder, dass sich eben diese Strömung maßgeblich am Aufbau der AfD beteiligt hat und auf einen Schulterchluss mit den rückständigsten Teilen des Kleinbürgertums und der Mittelklasse setzt, um durch das Schüren von Rassismus Deklassierte gegen Migranten aufzuhetzen.

Diese Zusammenarbeit zeigt deutlich die Lüge auf, die hinter der Sozialdemagogie von AfD-Führern wie Höcke steckt. Wer den Kampf für höhere Löhne, Arbeit für alle und eine sozialistische Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Klasse führen will, muss die AfD, und den Kapitalismus gemeinsam bekämpfen! Dieser Kampf kann aber nur gewonnen werden, wenn wir uns organisieren – deshalb rufen wir alle dazu auf, mit uns in Diskussion zu kommen und sich unter dem Banner des Marxismus zu organisieren und zu kämpfen! ■

Trotz mehr als 90.000 Toten in der Pandemie:

Privatisierungen, Überlastung und Klinikschließungen gehen weiter!

Tim Härtlein

In der Corona-Krise ist das deutsche Gesundheitssystem an den Rand der Belastbarkeit gestoßen., Geändert hat sich bisher trotzdem wenig, und das, obwohl es schon länger Probleme gibt. Die Zahl der Krankenhäuser, und damit auch die der Krankenhausbetten, ist vor der Pandemie, in den Jahren 2000 bis 2019, drastisch zurückgegangen. Da immer mehr Krankenhäuser privatisiert wurden, wurde der Druck auf die Krankenhäuser, Profite abzuwerfen, immer größer, was sich zum Beispiel in Form von mangelnder Ausrüstung und zu wenig Personal zeigte. Jährlich brechen tausende Pflegekräfte unter dem massiven Druck zusammen und wechseln den Beruf, viele Stellen können jetzt schon nicht besetzt werden und dennoch ändert sich weder an den niedrigen Löhnen noch an den Arbeitsumständen etwas (die vorauszu sehenden Lohnsteigerungen liegen womöglich sogar unter dem Inflationsausgleich).

Spahns „Reform“

Nach den Plänen des Gesundheitsministeriums soll das neue Pflegepaket diese Umstände nun ändern. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Regelung, dass sich Löhne in der Pflege in Zukunft an Tarifverträgen orientieren sollen, doch es gibt weiterhin keinen einheitlichen Tarifvertrag und nichts verhindert, dass die Gewerkschaftsführungen Tarifverträge aushandeln, die mehr im Sinne der Geschäftsführungen als der arbeitenden Menschen sind. Die Frage des Personalschlüssels dagegen wird gar nicht erst angegangen, sondern auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschoben, „wenn sich der Arbeitsmarkt entspannt habe“. Wie das aber ohne eine Besserung der Arbeitsbedingungen passieren soll, wird nicht erklärt. Tatsächlich verlassen jedes Jahr tausende Pflegekräfte den Beruf und es könnten noch mehr werden, vor allem nach Corona denken wohl etwa ein Drittel der Pflegekräfte über einen Ausstieg nach; so viele, dass das Phänomen mit dem Begriff „Pflexit“ sogar einen eigenen Namen bekommen hat.

Das eigentliche Problem, dass durch die Privatisierun-

gen und das Fallpauschalensystem der Hauptzweck von Krankenhäusern in den letzten Jahren die „Wirtschaftlichkeit“ der Kliniken und (im Falle privatisierter Krankenhäuser) noch dazu das Erzeugen von Profit für einzelne Unternehmer wie Andrea Grebe (Vorsitzende von Vivantes) oder Bernard Broermann (Gründer von Asklepios) wurde, wird ebenfalls nicht angegangen, obwohl das zu immer mehr Krankenhausschließungen führt!

In den Jahren 2000 bis 2019 ist die Zahl der Krankenhäuser bundesweit jedes Jahr zurückgegangen. Doch auch in der Pandemie hören die Schließungen keineswegs auf: 2020 haben weitere 20 Kliniken zugemacht! Abgesehen davon, dass damit natürlich auch die verfügbaren Betten zurückgehen, leidet, gerade auf dem Land, auch die Erreichbarkeit der Kliniken. In großen Studien fallen kleine Krankenhäuser oft als ineffizient und teuer auf. Schon jetzt ist das nächste Krankenhaus in einigen Regionen 45-60 Minuten Autofahrt entfernt. Braucht man ein Krankenhaus mit einer psychiatrischen Station, muss man teilweise eine noch längere Fahrt in Kauf nehmen. Jens Spahns neues „Pflegepaket“ wird an diesen katastrophalen Zuständen nichts ändern!

Keine Profite mit unserer Gesundheit!

Für echte Verbesserungen und auch nur dafür, dass die Situation an den Arbeitsplätzen in der Pflege und in den Patientenbetten nicht noch schlimmer wird, dürfen keine weiteren Krankenhäuser mehr privatisiert oder geschlossen werden! Stattdessen muss die gesamte Gesundheits-Infrastruktur (rück-)verstaatlicht und alle geschlossenen Krankenhäuser wiedereröffnet werden! Die Löhne sowie die Arbeitsbedingungen müssen deutlich verbessert werden – dafür braucht es mindestens einen einheitlichen Tarifvertrag, den die Gewerkschaften mit einem kämpferischen Programm und Mobilisierungen unter den Kollegen und Kolleginnen erkämpfen müssen! Mit der Gesundheit von Menschen dürfen keine Profite gemacht werden! Das ist eine Forderung, die bundesweit Millionen mobilisieren und, gerade in dieser Pandemie, eine schlagkräftige Kampagne lostreten könnte! ■

Miethai schluckt Miethai

Vonovia will Deutsche Wohnen SE übernehmen

Rasmus Schad

Der Bochumer Immobilienriese Vonovia will den Deutsche Wohnen-Konzern schlucken. Damit würde das Unternehmen auf einen Bestand von gut 550.000 Wohnungen kommen. Auf dem Berliner Markt hat der Konzern damit eine enorme Marktmacht, da er gut 10% des gesamten Bestandes kontrollieren wird. Knapp 19 Mrd. Euro will sich Vonovia das kosten lassen. Auch wenn Vonovia der Stadt Berlin versprochen hat, die Mieten in den nächsten 3 Jahren um höchstens 1% steigen zu lassen, wird der Konzern den hohen Kaufpreis trotzdem an die Mieter durchreichen.

Profite für die Konzerne – Altlasten für die Stadt

Die SPD hält diese Vereinbarung als Erfolg ihrer „Sozialpolitik“ hoch, genau wie den geplanten Verkauf von 20.000 Wohnungen durch Vonovia an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Die Führung der Deutsche Wohnen SE kündigte aber bereits an, dass diese aus dem „nicht-strategischen“ Bestand kommen sollen – Wohnungen also, die der Konzern bereits mit der Absicht gekauft hatte, so lange Mieterträge aus dem Objekt zu ziehen ohne Investitionen zu tätigen, bis der letzte Cent herausgepresst ist.

Wohnen im Kapitalismus – Spekulationsobjekt statt Grundrecht

Das Kernproblem der Wohnungspolitik ist natürlich nicht die Frage ob ein paar tausend Wohnungen jetzt Unternehmen A oder B gehören – es ist die politisch gewollte Situation, dass

das Grundbedürfnis zu Wohnen rücksichtslos dem Kapitalmarkt und seinem Profitstreben unterworfen wird. Bund und Länder haben besonders um die Jahrtausendwende diesen Markt den Investoren weiter geöffnet, indem sie Wohnungen zu Tausenden für Schleuderpreise verkauft und zugehaut haben, wie immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen sind. Gab es 1987 noch 3,3 Mio. Sozialwohnungen, so waren es 2018 noch 1,1 Mio.

„Sozialer Wohnungsbau“ durch Heuschrecken?

Obwohl sich viele Politiker über die Parteigrenzen hinweg genötigt sahen, den Bau neuer Wohnungen zu versprechen, sank der Bestand von 2018 auf -19 um über 3%. Auch wenn neue Sozialwohnungen gebaut werden, wird dies ganz im Geiste privater Trägern übernommen, die großzügige Subventionen kassieren. Trotzdem ist die Mietpreisbindung keineswegs langfristig gedacht – zwischen 12 und 20 Jahren gilt diese, danach können Immobilienfirmen auch diesen Wohnraum nach Belieben als Spekulationsobjekt nutzen.

Enteignung statt halbherziger Regulierung

Die Verdrängung und fortlaufende Enteignung der Mieter kann nur gestoppt werden, wenn das Recht auf Wohnen auch als solches behandelt und der Spekulation an der Börse und den Vorständen der Immobilienkonzerne entzogen wird, in dem Vonovia, Deutsche Wohnen und Co. enteignet und die Häuser demokratisch von ihren Bewohnern verwaltet werden.

In Berlin hat die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ einen Volksentscheid durchgesetzt, der am 26. September stattfinden soll, und dessen Ziel es ist, den



Bestand aller privaten Immobiliengesellschaften, die mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin besitzen, zu vergesellschaften. Obwohl man kaum annehmen sollte, dass der Verbund aus Miethaien und Politik, der schon den Berliner Mietendeckel vor dem Bundesverfassungsgericht gekippt hat, den Willen der Wähler klaglos akzeptieren werden, ist es ein deutlicher Erfolg, dass die Volksbewegung die Frage nach Enteignung so prominent auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Der Kampf für eine Stadt, die es allen Menschen ermöglicht ihren Bedürfnissen nach zu wohnen, zu arbeiten und sich zu erholen, muss ein Kampf für den Sozialismus sein. Erst wenn wir selbst wirklich demokratisch den Grund und Boden, den auf dem wir leben, besitzen und verwalten, kann kein Konzern seinen Profit mehr aus unseren elementaren Grundbedürfnissen pressen. ■

Die Frage der Ökologie: Keine Illusionen in den „grünen Kapitalismus“!

Alexandra
Lioliopoulou

Eine neue Studie in der Arktis hat gezeigt, dass das Meereis dort viel schneller schmilzt als gedacht. Im Schnitt steigt die Lufttemperatur der Arktis um 1,3 Grad im Jahrzehnt – so der aktuelle Forschungsstand. Das könnte den Klimawandel noch weiter befeuern, und insbesondere für die Bewohner von Küstenregionen eine Bedrohung darstellen. Jetzt schon hat der Klimawandel verheerende Auswirkungen

auf die Natur und den Menschen, beispielsweise durch Naturkatastrophen, welche gerade Arbeitern und Armen auf der ganzen Welt ihr Leben oder ihr Hab und Gut kosten.

Medial wird das Themenfeld der Ökologie derzeit extrem in den Fokus gerückt. Dabei werden gerade Figuren wie Greta Thunberg, eine mittlerweile international bekannte „Klimaaktivistin“ bewusst inszeniert, um Ideen der „individuellen Verantwortung“ für die Zerstörung der Natur in den Fokus zu rücken. Erst kürzlich äußerte Thunberg in einem Videobeitrag bei BBC, sie wolle Menschen nicht erzählen, sie sollen kein Fleisch essen, was sie wolle sei ihnen zu erklären, „dass Menschen ihre eigenen Entscheidungen treffen können“.

Zeitgleich werden kapitalistische Maßnahmen sozialer Kürzungen und im Handelskrieg mit grünen Etiketten versehen: seien es Maßnahmen wie der European Green Deal, die CO₂-Steuer oder Zölle für Produkte, die mit viel CO₂-Ausstoß produziert wurden, und die den Klimawandel nicht bekämpfen werden. Ansätze wie der Green Deal der



EU, einschließlich eines CO₂-Zolls, der eigentlich nur der Beteiligung Europas am globalen Handelskrieg gegen China ein ökologisches Mäntelchen umhängt, CO₂-Steuer oder Transformationsfonds, sind unsozial, packen das Problem nicht bei der Wurzel, sondern verschleiern die eigentlichen Ursachen für den Klimawandel.

Solche Propagandamaßnahmen werden bewusst genutzt, um von der Verantwortung der Reichen und Mächtigen für die ökologische Zerstörung abzulenken. Der mittlerweile gängige „ökologische Fußabdruck“ zum Beispiel wurde 2004 eingeführt – und zwar vom Ölmulti BP! Wer das Problem der Umweltzerstörung bekämpfen will, muss seine Ursache erkennen: Weltweit sind 100 Unternehmen für 70% der Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Es kann keinen wirksamen Klimaschutz geben, ohne die Überwindung des Kapitalismus

Nicht etwa das individuelle Konsumverhalten Einzel-

ner ist schuld am Klimawandel, sondern die kapitalistische Produktionsweise und die Logik der Gewinnmaximierung im Kapitalismus. Konzerne, Kapitalisten und ihre Regierungen sind der Grund, warum es Klimawandel in dieser Form überhaupt gibt. An vielen Ecken und Enden der kapitalistischen Produktion werden die Lebensbedingungen von Mensch, Tier und Natur völlig unnötig in Mitleidenschaft gezogen: Seien es internationale Pharmariesen, die Antibiotika in natürliche Gewässer schleusen und so multiresistente Keime erzeugen; eine völlig unnütze Ressourcenverschwendung in der Werbeindustrie oder eine irrationale und profitorientierte Organisation des gesamten Transportwesens.

Nur auf PR ausgerichtete Pilotprojekte einzelner Großkonzerne, Papierstrohhalm bei McDonalds und Greenwashing werden daran nichts ändern. Denn auch die ökologische Transformation im Kapitalismus folgt vor allem einem: der kapitalistischen Anarchie. E-Autos erweisen sich zunehmend als umweltschädlich und Gefahr für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Produktionsstätten der Batterien, Soja wird massenweise im Regenwald und allgemein in Monokulturen angebaut, die die Artenvielfalt zerstören. Der „Ausweg“ des Kapitalismus aus der Umweltzerstörung ist ein Irrweg.

Nur die kämpfende Arbeiterklasse kann das Klima und den Planeten retten!

Wir können uns nicht auf die herrschende Klasse verlassen, eine bessere Zukunft für Arbeiter, Arme und Jugend zu schaffen. Denn schon mehrmals hat sie bewiesen, dass Profit über dem Leben von Arbeitern und Armen steht. Zuletzt war das während der Corona-Krise deutlich zu sehen: Nicht-lebensnotwendige Betriebe wurden nicht unter Lohnfortzahlung geschlossen, um die Belegschaften zu schützen, sondern es musste unter katastrophalen Sicherheitsbedingungen weitergearbeitet werden, um die Gewinne der Konzerne zu sichern. Es hat sich deutlich gezeigt, wessen Interessen durchgesetzt wurden. Warum sollte das beim Klimawandel anders sein?

Der Kapitalismus versucht die Klimabewegung und „grüne Konzepte“ zu integrieren, einerseits, um von der eigenen Verantwortung und der Rolle im Klimawandel abzulenken, aber auch um jegliches revolutionäre Potential in der Bewegung, welches die soziale und Systemfrage stellt,



im Keim zu ersticken.

Die Ideologie reformistischer Ansätze, welche nicht nur aber besonders auch durch die Grünen, vorangetrieben wird, spaltet die Arbeiterklasse und ist zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung, denn beispielsweise die CO₂-Steuer wird direkt an den Verbraucher weitergegeben.

Schon jetzt trägt die CO₂-Steuer zu einer Erhöhung des Spritpreises zu, der Menschen benachteiligt, welche sich zentrales Wohnen einfach nicht leisten können, und für ihren Transport zur Arbeit auf ein Auto angewiesen sind. Nun fordern CDU/CSU und Grüne eine Erhöhung des CO-Preises von 25 auf 60 Euro pro Tonne bis zum Jahr 2023. Eine Maßnahme, die nicht den Klimaschutz gewährleisten wird, sondern Menschen, welche nicht genug Geld haben, noch mehr in die Bredouille bringen wird. Stattdessen sollte lieber, ein gut ausgebauter und kostenloser Nahverkehr beschlossen werden. Die Führung der LINKEN hebt sich durch beispielsweise Bernd Riexingers Idee eines Green New Deals nicht fundamental von dieser Ideologie ab und schürt die Illusionen in die ökologische Reformierbarkeit des Kapitalismus.

Aber auch die Führung von Fridays for future hat keine Antwort für Arbeiter und Arme auf die ökologische Zerstörung. Figuren wie Luisa Neubauer und Greta Thunberg predigen insbesondere den Individualismus, und, wenn überhaupt, nur eine sehr oberflächliche Systemkritik.

Was wir stattdessen brauchen, ist ein Bruch mit dem kapitalistischen System, welches auf Ressourcen Verschwendung und Umweltverschmutzung setzt, nur um so viel Profit wie möglich zu machen und Umwelt und Menschen in Mitleidenschaft zieht. Wir brauchen die Enteignung von Großkonzernen, welche die Arbeiter ausbeuten um zusammen mit Beschäftigten, Armen und Jugend demokratisch zu entscheiden und zu kontrollieren, wie Ressourcen sinnvoll verteilt werden und was, wie und zu welchen Bedingungen produziert werden soll. Dann können auch Umweltmaßnahmen umgesetzt werden, welche Sinn machen, wie beispielsweise ein kostenloser und gut ausgebauter Nahverkehr. All der erarbeitete Reichtum, kann dann benutzt werden, um allen Menschen ein gutes und lebenswertes Leben zu ermöglichen, anstatt ihn Eigentümern und Großaktionären in den Rachen zu schmeißen.



Streikende Ölarbeiter, Brasilien 2020

DB will Präzedenzfall zu Tarifeinheitsgesetz durchboxen

GDL: Streiken und siegen!

Solidarität mit dem Arbeitskampf der GDL!

Streik ab August auf das ganze Transportwesen und die EVG ausweiten!

Gegen das Tarifeinheitsgesetz (TEG) und für volle Koalitionsfreiheit und volles Streikrecht!

Fyn Hansow

Der Vorsitzende der GDL Claus Weselsky hat eine Urabstimmung in den Betrieben der Deutschen Bahn angekündigt, nachdem er von der Möglichkeit von noch „härteren und längeren“ Streiks als zuletzt 2015 gesprochen hat. Nachdem zum März 2021 die Friedenspflicht ausgelaufen ist, hat die DB der GDL-Tarifkommission ein absolut dreistes Angebot gemacht, das sich an den Abschlüssen im öD und dem mit der DGB-Gewerkschaft EVG, die ebenfalls Beschäftigte bei der Bahn organisiert, im letzten Jahr „orientiert“: 1,5 % mehr bei einer Laufzeit bis Februar 2023, also faktisch Reallohnverlust für die Beschäftigten.

Zwar hat die GDL auf Druck der Konzernführung ihre Forderungen auf 1,4% Lohnerhöhung dieses Jahr und 1,8% im nächsten abgeschwächt, die DB drängt aber weiter auf eine Nullrunde und hat die Verhandlungen platzen lassen. Begründet hat sie das mit Milliardenverlusten durch die Pandemie. Und das, während gleichzeitig die Vorstandsgehälter um bis zu 10% erhöht wurden, wie etwa bei Bahn-Chef Richard Lutz, der ab 2023 990.000€ im Jahr verdienen wird!

Der GDL-Vorsitzende fasst die Klagen der DB passend zusammen: „Rücksicht und Solidarität werden immer nur dann beschworen, wenn es dem Management dienlich ist. Es gibt in diesem Konzern aber keine Solidarität zwischen den Führungsebenen und den Mitarbeitern, schon seit Jahren nicht: Oben herrscht eine Selbstbedienungsmentalität. Wie dick kann der Firmenwagen werden, wie hoch sind die Bezüge? Unten aber sollen die Eisenbahner eine Nullrunde hinnehmen.“

Das TEG: Ein Angriff auf unser Streikrecht!

Die GDL-Führung beharrt nicht aus Zufall auf ihre gegenüber der EVG höheren Forderungen. Als Antwort auf den harten Tarifkampf der GDL 2015 hat die damalige Arbeitsministerin Nahles mit Unterstützung einiger DGB-Gewerkschaften das TEG verabschiedet, das vorsieht, dass in Betrieben mit mehreren Gewerkschaften nur noch die größte Gewerkschaft Tarifpartner ist.

Das Gesetz ist ein scharfer Angriff auf die Koalitionsfreiheit der Kollegen und unser Streikrecht! Den Minderheitsgewerkschaften wird nicht nur die Tarifbindung genommen, alle Arbeitskämpfmaßnahmen werden als „unverhältnismäßig“ deklariert. Wenig überraschend war das TEG auf die kleineren Spartengewerkschaften wie Cockpit oder die GDL gemünzt, die vor allem Funktionseliten vertreten und damit in der Vergangenheit besonders kampfkraftig waren.



Dass das TEG eine Waffe in den Händen der Unternehmen ist, zeigt sich deutlich. Die DB hat einen Notar beauftragt in den über 300 Betrieben „festzustellen“, wer wo die Mehrheitsgewerkschaft bildet. Mit welchen Methoden ermittelt er die „Mehrheitsgewerkschaft“, wo doch die Beschäftigten zu Recht davor geschützt sind, ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft angeben zu müssen? Das weiß nur der Vorstand der DB. Das Ergebnis ist jedoch klar: In allen DB-Betrieben bis auf 16 Ausnahmen ist die EVG „Mehrheitsgewerkschaft“, die Klagen der GDL wurden abgelehnt.

Gemeinsamer Kampf statt Gewerkschaftskonkurrenz!

Als Reaktion hat die GDL angekündigt, zukünftig nicht mehr nur die Sparte des Schienenpersonals vertreten zu wollen. Vor allem aber haben sie eine Schlammschlacht mit der EVG und die massive Abwerbung ihrer Mitglieder begonnen.

Die Wut vieler Kollegen auf die EVG-Führung ist verständlich. Sie hat sich zusammen mit der DGB-Bürokratie während der Krise an die Seite des Managements gestellt, statt kämpferisch die Interessen der Kollegen zu vertreten. Sie hat mit dem exemplarischen Ergebnis ihrer Tarifrunde 2020 der Nullrunde auch bei der GDL Tür und Tor geöffnet und der Geschäftsführung und den bürgerlichen Medien jede Menge Munition geliefert, die diese gegen die „unverhältnismäßigen“ Forderungen der GDL schießen können.

Dennoch kann die Antwort auf das TEG nicht sein, durch innergewerkschaftlichem Konkurrenzkampf selbst zur Mehrheitsgewerkschaft werden zu wollen. Stattdessen sollte es breite Solidaritätsaufrufe an alle Kollegen, egal ob aus DGB, dbb oder unorganisiert, und eine gemeinsame Kampagne gegen das TEG geben! Das könnte zum Beispiel durch die Schaffung von Solidaritätskomitees erreicht werden, auch in anderen Branchen.

Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus! Abonniere die Offensiv!

Um ein Abo bei uns abzuschließen, besuch' unsere Website und klicke rechts unter „Zeitung“ auf den Reiter „Abonnement“ oder besuche den folgenden Link:

<https://offensiv.net/index.php/abonnement-abschliessen>



Werde aktiv!

Wenn du selbst aktiv werden oder mit uns in Diskussion treten willst, kontaktiere uns unter:



Offensiv_Marxisten



www.offensiv.net



0178 1715539



Offensiv -
Marxistische
Organisation



info@offensiv.net

Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-system gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahmen. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wähl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

AfD = Partei für Reiche

Rechte raus aus dem Parlament und runter von der Straße!

Nadja Habibi

Die AfD präsentiert sich gern als Anti-Establishment-Partei, die den Ungehörten eine Stimme geben, und einen Gegenpol zu den anderen „Altparteien“ stellen will.

Dabei verfolgt sie eine hetzerische Politik im Interesse des Kapitals: Sie ist für die Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer, in ihr finden sich organisierte Vertreter von Unternehmerschaft und Adel, sie wurde von Anfang an von den reaktionärsten Schichten der Reichen und Mächtigen in diesem Land unterstützt. Auch wenn der sozialdemagogische Flügel der AfD derzeit im Aufwind ist, ist sie nach wie vor eine arbeiterfeindliche Kapitalpartei.

Dieser Artikel wird sich mit der Strömung des Anarchokapitalismus innerhalb der AfD beschäftigen und auf-

zeigen, wie weit diese Strömung ihre Kreise zieht und in Wirtschaft und anderen bürgerlichen Parteien involviert ist.

Was meint Anarchokapitalismus überhaupt?

Der Anarchokapitalismus bezeichnet eine Ideologie, die den Staat minimieren und langfristig abschaffen will. Der Begriff wurde maßgeblich durch Ludwig von Mises (zusammen mit Friedrich August von Hayek der bedeutendste Vertreter der sogenannten Österreichischen Schule) geprägt, der die marxistische Losung einer „Anarchie des Marktes“ aufgriff und seinen ökonomischen Interessen – als Kind einer wohlhabenden Adelsfamilie und führender Wirtschaftsberater – entsprechend eine passende Utopie lieferte. In dieser vermeintlichen Utopie herrscht uneingeschränkt der freie Markt. Staat sowie Nationalgrenzen sind abgeschafft und weichen den Gebieten von Konzernen. Dementsprechend würde eine staatliche Polizei durch Privatarmeen und Sicherheitsdienste ersetzt, Konzerne würden private Gefäng-

Fortsetzung auf Seite 9

Millionen stehen hinter mir



WWW.OFFENSIV.NET



MACH MIT!

Kontaktiere uns auf Whatsapp unter 0178 1715539 oder den Kontaktdaten auf Seite 15.

Offensiv 
MARXISTISCHE ORGANISATION